

## **Grußwort: Veranstaltung zur Familienbetreuung der Angehörigen von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr**

gehalten am 17. Oktober 2009

Anrede,

ich darf Sie im Namen der CDU-Landtagsfraktion ganz herzlich hier im Sächsischen Landtag begrüßen. Ich übermittle Ihnen auch die besten Grüße unseres Fraktionsvorsitzenden Steffen Flath, der aufgrund eines anderen Termins leider heute nicht hier sein kann.

Es freut mich, daß Sie den Weg in den Sächsischen Landtag gefunden haben. Wenn auch die Außen- und Verteidigungspolitik in ausschließlicher Zuständigkeit des Bundes liegt, so ist doch für unser Verständnis von der Bundeswehr als Parlamentsarmee ein enger Kontakt zwischen Bundeswehrangehörigen und der Politik unabdingbar. Für mich sind daher die zahlreichen Termine mit Besuchergruppen der Bundeswehr hier im Landtag und auch die heutige Veranstaltung eine willkommene Gelegenheit zum Austausch über die Belange der Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörigen.

Meine Damen und Herren,

das Aufgabenspektrum der Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren ganz erheblich gewandelt.

Bis zum Fall des Eisernen Vorhangs auf die Territorialverteidigung in einer Auseinandersetzung zwischen Warschauer Pakt und NATO ausgelegt, übernimmt die Bundeswehr inzwischen in den verschiedensten Regionen der Welt Einsätze.

Angefangen bei der EUFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina, über KFOR im Kosovo, die Anti-Piraterie-Mission ATALANTA der Europäischen Union am Horn von Afrika, bis hin zu ISAF und Enduring Freedom in Afghanistan. Sie, deren Angehörige momentan an diesen Missionen teilnehmen, wissen, welche Herausforderungen und welche Risiken damit verbunden sind.

In den vergangenen Wochen und Monaten wurden die Auslandseinsätze der Bundeswehr auch in der politischen Auseinandersetzung wieder stärker thematisiert. Dies ist richtig und wichtig! Denn eine so grundlegende Frage wie der militärische Einsatz im Ausland muß in einer Demokratie selbstverständlich Gegenstand des öffentlichen Diskurses sein.

Allerdings haben mich einige der Forderungen, die im Wahlkampf aufgemacht wurden, geärgert. Die Leichtfertigkeit, mit der etwa das sofortige Ende aller Auslandseinsätze gefordert wird, ist für mich unverantwortlich. Unsere Soldaten im Ausland leisten einen wichtigen Dienst für die Sicherheit unseres Landes und die Stabilität in der Welt.

Und dies mit Erfolg!

Im ehemaligen Jugoslawien, wo in den neunziger Jahren ein mörderischer Bürgerkrieg tobte, herrscht jetzt Frieden und die einzelnen Staaten arbeiten auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union hin. Dies wäre ohne den Einsatz der Bundeswehr nicht möglich gewesen.

Und auch in Afghanistan sind Erfolge sichtbar. Zwar ist die dortige Situation von Frieden und Demokratie nach unserem Verständnis noch weit entfernt. Die Gefährdungslage unserer deutschen Soldaten ist ungleich höher. Aber Afghanistan dient eben nicht mehr als Rückzugsraum, in dem sich Terroristen ungestört auf Anschläge in aller Welt vorbereiten können.

Stattdessen schreitet nach über zwanzig Jahren Bürgerkrieg jetzt der Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens langsam voran. Schulen und Krankenhäuser werden errichtet und instand gesetzt und die Menschen in Afghanistan bekommen die Möglichkeit, selbst über ihr Schicksal und das ihres Landes zu entscheiden.

Dabei wird Afghanistan von vielen Ländern der Welt materiell und personell unterstützt. Ich bin davon überzeugt, daß - bei allen Problemen im Detail - die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland mit der Bundeswehr an dieser Stelle richtig ist.

Meine Damen und Herren,

aber uns muß auch klar sein, daß wir unsere Soldatinnen und Soldaten, die ihr Leib und Leben im Ausland einsetzen, nicht allein lassen dürfen. Es darf nicht hingenommen werden, wenn es unseren Soldaten im Einsatz an den erforderlichen Fahrzeugen mangelt oder wenn mangels Gerät in Deutschland keine optimale Einsatzvorbereitung stattfinden kann. Ebenso ist es kein hinnehmbarer Zustand, daß wir über kein zeitgemäßes Einsatzrecht verfügen. Wenn wir Soldaten in die Situation bringen, ihre Waffe gebrauchen zu müssen, dann können wir sie nicht gleichzeitig mit der Gefahr einer Strafverfolgung in Deutschland allein lassen.

Dies alles sind Themen, bei denen die Politik in der Pflicht ist. Hier tätig zu werden, ist eine Aufgabe für die neue Bundesregierung.

Wenngleich wir als Landespolitiker hier wenige Einflußmöglichkeiten haben, werden wir als CDU dieses Thema weiter begleiten. Als CDU-Landtagsfraktion stehen wir auch für unsere Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörige als Ansprechpartner immer zur Verfügung.

Wir in Sachsen wissen um die Bedeutung der Bundeswehr für unser Land. Nicht erst die Flut 2002 und der aufopferungsvolle Einsatz der Soldaten zu ihrer Bekämpfung haben Bevölkerung und Armee näher zusammen gebracht. Die Bundeswehr gehört in vielen Kommunen und in Sachsen insgesamt zum gesellschaftlichen Leben und das wird auch so bleiben.

Ich wünsche Ihrer Veranstaltung einen guten Verlauf und hoffe darauf, daß wir Ihre Angehörigen bald wieder wohlbehalten zurück in der Heimat begrüßen können.